

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
13.01.2009

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:05 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 21:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow
Frau Kammeier
Frau Osthus
Herr Michael Weber
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Garbrecht
Frau Schneider
Frau Pohlreich
Frau Schrader
Herr Heinz-Joachim Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

Die Linke

Frau Niemeyer (bis 20.15 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce	Migrationsrat	
Herr Prof. Dr. med. Driessen	Psychiatriebeirat	(bis 20.30 Uhr)
Frau Huber	Seniorenrat	(bis 20.20 Uhr)
Herr Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen	

Gäste

Herr Adams AGW

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Schulz
Frau Schröder
Herr Ohlendorf
Herr Heitland

Herr Metzger
Frau Kleiner
Herr Kämper
Herr Markus
Frau Krutwage
Herr Voelzke

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Bauamt
Stab Dezernat 3
Stab Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.11.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.11.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 48. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.12.2008**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.12.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Mietspiegel 2009**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Metzger verweist auf den verteilten Mietspiegel 2009. In diesem vierten qualifizierten Mietspiegel seien die Daten von 2007 fortgeschrieben worden. Aufgrund einer Bundesvorgabe müssten die Mietspiegelwerte entsprechend des festgestellten Verbraucherindex angepasst werden. Dadurch seien die durchschnittlichen Mietwerte um 5,2 % erhöht worden. Diese Steigerung sei keine reale Mietentwicklung in Bielefeld. In Bielefeld herrsche ein vergleichbar niedriges Mietniveau.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Projekt "Unterkünfte - besser (ist) wohnen"**
Renovierung und Umbau der Unterkunft für einheimische Wohnungslose "Heckstr. 22"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Es gibt darüber hinaus keinen weiteren Erläuterungsbedarf.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Erstellung ärztlicher Zeugnisse nach § 14 PsychKG NRW**
-Sachstand-

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beigeordnete Frau Ritschel informiert darüber, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) am 15.12.2008 per Mail angeschrieben worden sei, um eine

Klärung insbesondere der rechtlichen Fragen herbeizuführen. Weiterhin habe sie Kontakt aufgenommen zu den Bielefelder Nervenärztinnen und -ärzten. Diese haben sich im Ergebnis für eine Übergangsfrist bereit erklärt, im Rahmen ihres Ringdienstes am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag wie bisher bei Bedarf tätig zu werden. Dies gelte aber längstens bis zum 31.01.2009. Mittwochs und am Wochenende bestehe der Ringdienst nicht mehr.

Am 23.12.2008 habe daher ein Informationsgespräch mit allen Beteiligten stattgefunden, in dem das konkrete Verfahren ab 01.01.2009 besprochen wurde. An dem Gespräch habe sie selbst, Frau Kleiner (Stab Dezernat 3), Herr Fecke und Herr Voelzke (Amt für soziale Leistungen – Sozialamt-), Frau Dr. Schulz (Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt), Herr Kissmann (Polizei), Herr Heißenberg und Herr Dreiwes (Feuerwehramt) und Frau Dr. Kramer-Cannon (Nervenärztin) teilgenommen. Die Ergebnisse wurden auch an die Beteiligten übermittelt, die an dem Gespräch aufgrund der Kurzfristigkeit nicht teilnehmen konnten. Für den 19.01.2009 sei ein Erfahrungsaustausch der Beteiligten vereinbart worden.

Am 12.01.2009 sei per Fax eine Antwort vom MAGS eingegangen. Beigeordnete Frau Ritschel informiert über den Inhalt des Schreibens (**Anlage 1**). Die sich daraus ergebenden rechtlichen Auswirkungen für die Stadt Bielefeld würden derzeit seitens der Verwaltung geprüft. Weiterhin sei ein Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Driessen für die Fachklinik und Frau Dr. Kramer-Cannon als Sprecherin der niedergelassenen Nervenärztinnen und -ärzte anberaunt, um insbesondere zu erörtern, wie die Ausstellung der Zeugnisse nach § 14 PsychKG künftig erfolgen werde. Beigeordnete Frau Ritschel betont, dass auch die Verwaltung nach wie vor an einer schnellen Klärung interessiert sei und sie den Ausschuss fortlaufend informieren werde.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage wünscht die Behandlung dieses Sachverhalts in der Sitzung am 10.02.2009. Es werde eine Verwaltungsvorlage erwartet, die auch die finanziellen Konsequenzen thematisiere. Eine Standardabsenkung in der nervenärztlichen Notfallversorgung solle möglichst vermieden werden.

Zu Punkt 3.4

Ratgeber "Rund ums Alter"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die als Tischvorlage verteilte Broschüre. Er sieht sie als gelungene Aufarbeitung aller Informationen an. Zukünftig sei eine Präsentation in elektronischer Form beabsichtigt.

Zu Punkt 3.5 **Arbeitsmarkt in Zahlen**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf den monatlich erscheinenden Report für Kreise und kreisfreie Städte für den Berichtsmonat Dezember 2008, der als Tischvorlage verteilt wurde.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 **Eröffnung eines Pflegebüros**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf einen SGA-Beschluss vom 20.05.2008. Demgemäß solle die Beratung hilfe- und pflegedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen weiter entwickelt werden. Im Mittelpunkt stehe dabei der Aufbau eines wohnortnahen und vernetzten Beratungsangebotes, um ältere Menschen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen frühzeitig zu erreichen und sie bei der Organisation entlastender Hilfen zu unterstützen. In einem ersten Schritt werde am 21.01.2009, von 14.30 Uhr bis 15.30 Uhr, im Bürgertreff des Sennestadthauses, ein Pflegebüro eröffnet. Dazu seien alle herzlich eingeladen.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2008**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6280/2004-2009

Herr Metzger stellt die wesentlichen Punkte der Informationsvorlage vor und verweist auf weitere Informationen in dem Bericht „Der Bielefelder Wohnungsmarkt in bewegten Zeiten“ (**Anlage 2**). In Bielefeld gebe es weiterhin einen entspannten Wohnungsmarkt.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Berichterstattung. Auf ihre Nachfrage teilt Herr Metzger mit, dass im Mietspiegel 2009 auf eine stärkere energetische Komponente verzichtet worden sei. Derzeit gebe es über Energieausweise noch zu wenig belastbare Daten. Der nächste Mietspiegel 2011 würde wieder auf der Grundlage einer Mieterbefragung erstellt und solle entsprechende energetische Aspekte beinhalten. Auf Nachfrage von Frau Niemeyer führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass der in Bielefeld festgelegte Wert für angemessene Unterkunftskosten in Höhe von 4,64 € ausreiche bzw. nicht ausgeschöpft würde. In diesem Zusammenhang müsse man auch den Klimabonus und die vielfältigen Ausnahmen sehen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet die Diskussion darüber bis zur Berichterstattung der Verwaltung über die Entwicklung der Kostensenkung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) zurückzustellen. Weitere Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Schrader, Frau Kammeier, Frau Niemeyer, Frau Dr. Ober und Herrn Winkelmann werden von Herrn Metzger beantwortet.

Herr Weber (CDU) sieht den Wohnungsmarktbericht als positive Bestätigung für die in Bielefeld beschlossenen Maßnahmen. Der Bericht stelle wieder eine gute Diskussionsgrundlage dar, um eine Optimierung der sachgerechten Bebauung zu erzielen. In der immer differenzierter werdenden Entwicklung des Berichtes sieht Herr Garbrecht die Möglichkeit, zukünftige Bedarfe besser erkennen zu können.

Herr Garbrecht und Frau Gemkow fordern die Verwaltung auf, die für Bielefeld zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Konjunkturprogramm für Investitionen in Bereichen der energetischen Wohnungsbausanierung und für den Bau von seniorengerechten, barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen einzusetzen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6303/2004-2009

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Darüber hinaus teilt er mit, dass der Anteil der geförderten Haushalte mit Migrationshintergrund sinke, demgegenüber der Anteil der gebrauchten Objekte bei geförderten Haushalten mit Migrationshintergrund deutlich steige.

Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 8**Beschluss des Beirates für Behindertenfragen zum Thema:
Ausbildungsverantwortung der Stadt Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die mit der Tagesordnung versandte Beschlussfassung. Herr Winkelmann erläutert, dass lernbehinderte Jugendliche oftmals keinen Schwerbehindertenausweis beantragen, um eine Stigmatisierung zu vermeiden. Im Vergleich zu Jugendlichen mit Schwerbehindertenausweis würden die Integrationsmöglichkeiten deshalb nicht in Anspruch genommen werden können. Im Rahmen von Praktika würden die Jugendlichen durchaus positive Rückmeldungen erhalten, eine Ausbildung scheitere aber regelmäßig an den theoretischen Ausbildungsfeldern. Um diesen Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten anbieten zu können, fordere der Beirat für Behindertenfragen die Stadt Bielefeld auf, theorie-reduzierte Ausbildungsplätze anzubieten.

Nach den Stellungnahmen von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Weber (CDU) und Herrn Garbrecht fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitshausschuss unterstützt den Antrag des Beirates für Behindertenfragen und fordert die Verwaltung auf, die Möglichkeiten für theorie-reduzierte Ausbildungsplätze bei der Stadt Bielefeld und ihren Töchtergesellschaften zu ermitteln. Darüber hinaus werden Informationen über die derzeitige Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen bei der Stadt Bielefeld eingefordert.

- einstimmig beschlossen -

-.:-

Zu Punkt 9**Konzept "Behindertengerechtes Bielefeld", Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5286

Beigeordneter Herr Kähler weist zu Beginn der Berichterstattung daraufhin, dass bereits in den „Bielefelder Perspektiven 2009“ Schwerpunkte für wichtige kommunale Handlungsfelder benannt worden seien. Frau Schulz informiert darüber, dass die Rahmenvorlage einen Überblick über Handlungsfelder und inhaltliche Schwerpunktsetzungen verdeutliche. Darüber hinaus stellt sie die Schwerpunkte der Konzepte „Behindertengerechtes Bielefeld“ und „Seniorenfreundliches Bielefeld“ dar (**Anlage 3**). Herr Voelzke erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage mit Hinweis auf die aktuellen Herausforderungen (**Anlage 4**). Am Beispiel der Alterungsprozesse in der Behindertenhilfe macht Herr Ohlendorf deutlich, dass mit steigenden Hilfebedarfen in diesem Bereich zu rechnen sei.

In einer ausführlichen Diskussion, an der sich Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Gemkow, Herr Garbrecht, Frau Dr. Ober, Herr Winkelmann, Frau Cascante-Maristany, Herr Adams, Beigeordneter Herr Kähler, Frau Huber, Herr Dr. Zillies und Herr Weber (CDU) beteiligen, werden die Auswirkungen, die sich aus der zielgruppenspezifischen Aufteilung der Konzepte ergeben, erörtert. Die Mitglieder regen an, dass bei zukünftigen Berichterstattungen zu den drei Konzepten ihre Schnittmengen herausgearbeitet werden sollen.

Auf Initiative von Frau Huber wird die Beschlussfassung der Vorlage in die nächste Sitzung verschoben, so dass die Beiräte die Möglichkeit haben, ihre Empfehlungen zu benennen.

-.-.-

Zu Punkt 10

Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld", Kommunale Handlungsfelder und Maßnahmefelder

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6060/2004-2009

Frau Krutwage verdeutlicht die Gründe für eine eigenständige Darstellung der seniorenrelevanten Bedarfe. Seniorenarbeit dürfe nicht auf besondere Stadtteilkonzepte beschränkt werden, sondern müsse gesamtstädtisch betrachtet werden. Ältere Menschen hätten eigene Bedarfe, die nicht ausschließlich defizitär zu bestimmen seien. Aufgabe müsse sein, von neuen bzw. realistischen Altersbildern auszugehen (**Anlage 5**).

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die bereits geführten Diskussionen in der letzten und in der heutigen Sitzung. Herr Weber (CDU) wertet die Vorlage „Familienfreundliches Bielefeld“ als den bereits beschlossenen Rahmen, der in Teilbereichen bereits Aspekte von Seniorinnen und Senioren, behinderten Menschen und Migrantinnen und Migranten berücksichtige. Herr Garbrecht und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stimmen darin überein, dass die Stadt Bielefeld unter der Herausforderung des demografischen Wandels ein Leitbild entwickeln müsse, in dem sich die gemeinsamen Handlungsfelder unter Berücksichtigung der speziellen Anforderungen der Zielgruppen wiederfinden. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass es im Sozialbereich unbestritten Schnittstellen und vielfältige Zusammenhänge zwischen den einzelnen Konzepten des Sozialbereichs gebe. Die Verwaltung sehe es im Rahmen der Konzepte als erforderlich an, Schwerpunkte zu setzen, um den Zielgruppen gerecht zu werden.

Die Beschlussfassung wird ebenfalls in die nächste Sitzung verschoben.

-.-.-

Zu Punkt 11

Umsetzung des Rahmenkonzeptes "Seniorenarbeit in der Stadt Bielefeld", hier: Sozialräumliche Verteilung, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6089/2004-2009

Frau Huber weist darauf hin, dass in dieser Vorlage die konkrete Umset-

zung einer bereits betriebenen Tätigkeit beschlossen werden müsse. Mit dem Beschluss bleibe die Verwaltung bei Verhandlungen mit den Trägern handlungsfähig. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage macht für den SGA deutlich, dass durchaus Parallelen zu den vorher beratenden Konzepten erkennbar seien. Sie schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt erneut zu verschieben. Die Mitglieder sind mit der Vorgehensweise einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 12

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen Vertragsperiode 2007-2010, hier: Ziele und Kennzahlen in ausgewählten Arbeitsbereichen, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6246/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Nachfragen mehr.

Beschluss:

Die für ausgewählte Arbeitsbereiche vorgeschlagenen Kennzahlen sollen ab 01.02.2009 erhoben werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Programm "Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6093/2004-2009

Herr Kämper erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Frau Gemkow, Frau Dr. Ober und Herr Weber (CDU) halten die Vorlage für schwer verständlich und hätten eine konkretere Darstellung des Themenbereiches erwartet. In der nachfolgenden Diskussion vertritt Frau Cascante-Maristany die Auffassung, dass bei dem Versuch über Stadtteilkonferenzen und Quartiersmanagement Netzwerke aufzubauen auch die bereits bestehenden Netzwerke der AGW mit eingezogen werden sollten. Herr Weber (CDU) gibt zu Bedenken, dass beachtet werden solle, wie auf Veränderungen im Quartier reagiert werde, damit die Maßnahmen auch noch ihre Wirkung entfalten könnten. Darüber hinaus sieht er noch fraktionsinternen Beratungsbedarf, so dass eine Zustimmung durch seine Fraktion nicht erfolgen werde. Herr Garbrecht sieht das Programm als geeignetes Instrumentarium für eine zielgenaue und zielgerichtete Quartiersentwicklung.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet die Mitglieder sich Gedanken darüber zu machen, ob sie die von der Verwaltung vorgeschlagene Herangehensweise als passend ansehen, um geeignete quartiersbezogene Modelle und Konzepte zu entwickeln. Herr Garbrecht hält die-

ses Thema für eine originäre Aufgabe des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Aus seiner Sicht sei die Beteiligung von Hauptausschuss und Rat nicht erforderlich. Beigeordneter Herr Kähler sagt zu, in dieser Angelegenheit eine Klärung herbeizuführen.

Die Anwesenden sind sich einig darüber, dass die weitere Beratung in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt wird.

-.-.-

Zu Punkt 14 Haushaltsplanberatungen 2009,1. Lesung

Zu Punkt 14.1 Haushaltsplan 2009 für den Stab des Dezernates 5 - 095 - Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6281/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler gibt einen Überblick über die Systematik des erstmals nach den Regelungen des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellten produktorientierten Haushaltsplans. Die eingebrachten Änderungsvorschläge der Fraktionen seien berücksichtigt und im Haushaltsplan eingearbeitet worden. Die Gliederung des vorgelegten Haushaltsplans sei demgemäß vom Hauptausschuss der Stadt Bielefeld beschlossen worden. Er erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und beantwortet Fragen von Herrn Adams, Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Cascante-Maristany.

-.-.-

Zu Punkt 14.2 Haushaltsplan 2009 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6271/2004-2009

Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und verweist auf Änderungs- und Ergänzungsunterlagen zum Haushaltsplan, die als Tischvorlagen verteilt worden seien (**Anlage 6**).

Herr Adams fragt nach, wann die Schuldnerhilfe Bielefeld e.V. mit einer Mitteilung über die Weiterbewilligung der in 2008 zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel rechnen könne. Diese Mittel seien bei zwei Beratungsstellen für eine zusätzliche ½ Stelle für die Beratung von SGB II-Bezieherinnen und –Bezieher eingesetzt worden. Frau Schröder verweist auf die Vorgabe des SGA bei der damaligen Beschlussfassung, eine Fortsetzung der Finanzierung von den Ergebnissen der Arbeit des Jahres 2008 abhängig zu machen. Darüber hinaus könne erst nach Verabschiedung des Gesamthaushaltes 2009 durch den Rat eine verbindliche Zusage an den Träger erfolgen. Frau Schröder trägt die Erfahrungen mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Beratungskapazitäten für SGB II-Empfängerinnen und -Empfängern (**Anlage 7**) vor. In einer Abstimmung signalisiert der SGA einstimmig, dass eine Weiterbewilligung von Seiten des Ausschusses unterstützt werde.

Weitere Fragen von Herr Garbrecht und Frau Kammeier werden von Frau Schulz beantwortet. Frau Schulz bittet, Fragen zur Vorlage vorab schrift-

lich an die Verwaltung zu geben, um diese gebündelt in der nächsten Sitzung beantworten zu können.

Zu Punkt 14.3 Haushaltsplan 2009 ff; Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6323/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die als Tischvorlage verteilte Beschlussvorlage und erläutert die wesentlichen Punkte. Der Verwaltungsvorstand werde eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich mit der konkreten Umsetzung der globalen Kürzung auseinandersetze. Im Rahmen einer gemeinsamen Vorlage würden Finanz- und Sozialdezernat dem Ausschuss das erarbeitete Fachkonzept vorlegen. Frau Rathsmann-Kronshage bemängelt, dass ein solches globales Vorgehen risikobehaftet sei.

Auf Nachfrage von Herrn Garbrecht bestätigt Herr Markus, dass das Rechnungsergebnis 2008, unter Berücksichtigung von noch ausstehenden Abschlussbuchungen, vorliege.

Zu Punkt 14.4 Beratung des Haushaltsplanes 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009- 2012 und des Stellenplanes 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6307/2004-2009

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass der Haushalt 2009 auf den Werten von 2008 basiere und sich nicht verändert hätten. Sie seien nur in die neue Haushaltssystematik übertragen worden.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fordert die Anwesenden auf, Fragen zur Vorlage schriftlich bei der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung einzureichen.

Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)